

Antragsbereich P / Antrag P1

AntragstellerInnen: Bezirk Oberfranken
Empfänger: Bundesparteitag
Landesparteitag

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

P1: Für ein besseres Morgen in die Bundestagswahl 2021

13 Punkte für unsere Kampagne

1. Mindestlohn erhöhen – Prekäre Beschäftigung aufheben!

Das sozialdemokratisch geführte Arbeitsministerium hat 2018 errechnet,
5 dass für eine ar-muts-feste Rente nach einem 45-Jahre langen Arbeitsleben
mindestens 12,63€ pro Stunde ausgezahlt werden müssen. Noch immer
verdienen in Deutschland viele Menschen unter diesem Lohn, insbesondere
in Ostdeutschland und in strukturschwachen Gebieten. Arm trotz Arbeit?
Nicht mit uns. „Wir werden nach der Bundestagswahl ein neues Gutachten
10 über die Mindestlohnhöhe, die eine armutsfreie Rente gewährleisten wird,
erstellen und den Min-dest-lohn entsprechend anpassen. Der Mindestlohn
wird 13 Euro nicht unterschreiten.

Zudem wollen wir den Folgen von kalten Progressionen politisch entgegen-
15 wirken.

2. Flächendeckende Tarifbindung ist das Ziel!

Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir selbstbewusst die Stimme
20 der Arbeitnehmer*innen vertreten. Eine sozialdemokratische Bundesregie-
rung wird daher das entschlossene Ziel verfolgen, eine flächendeckende
Tarifbindung in allen Branchen bundesweit zu erzielen. So stärken wir
Gewerkschaften auch nach Erhöhung des Mindestlohnes und schaffen in
allen Aspekten gute Arbeit. Wir möchten Weltmeister der guten Arbeit
25 werden und damit den Wirtschaftsstandort auf einzigartige Art und Weise
stabilisieren und auf Nachhaltigkeit ausrichten. Wir handeln statt nur zu
klatschen!

3. Mehr Zeit für das Leben!

30 Modellversuche in europäischen Ländern haben gezeigt, dass in vielen
Branchen eine Verkürzung der regulären Wochenarbeitszeit sogar zu einer
Steigerung der Produktivität führt. Hinzu kommen die positiven Auswir-
kungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeiter*innen – ein

- 35 Herzensanliegen für uns Sozialdemokrat*innen. Wir werden daher in der
nächsten Bundesregierung einen Prozess einleiten, der bis zum Ende der
Legislatur einen Übergang zu einer regulären gesetzlichen Wochenarbeits-
zeit von 30 Stunden vollziehen wird. Im Prozess werden folgende Faktoren
berücksichtigt, die die Sicherheit des Lebensstandards gewährleisten:
40 Lohnausgleich, Zahlungsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere kleine
hand-werkliche Betriebe und andere.

4. Energiewende – lokal, kommunal, solidarisch!

- 45 Wir schaffen ein neues Energiewende-Gesetz und ermöglichen es Kom-
munen, ohne Mehrkosten ein lokales Netz an erneuerbaren Energien
aufzubauen. Diese sollen in kommunaler Hand bleiben und Gewinne, die
sie durch die Einspeisung des Stromnetzes erzielen, gleichmäßig auf alle
Haushalte in der Kommune verteilen. Damit erhöhen wir die Akzeptanz
50 für Solar- und Windenergie, schaffen Anreize und senken mit der Kosten-
übernahme durch den Bund Investitionshemmnisse. Damit erreichen wir
das Ziel, Deutschland bis 2030 vollständig mit erneuerbaren Energien zu
versorgen und eine Netto-Null Klimabilanz zu erreichen.

55 5. Mobilität neu denken – in ein neues Zeitalter!

- Wir setzen auf öffentliche Verkehrsmittel und fördern den Ausbau von Bus-
und Bahn von der Kommune bis hin zum Fernverkehr. Wir möchten Inlands-
flüge überflüssig machen und einen europäischen Rahmen für Bahnverkehr
60 schaffen, der kostengünstige und schnelles Reisen auf Schnellfahrstrecken
ermöglicht. Der öffentliche Personennahverkehr muss kostenfrei werden:
Zuallererst für Menschen mit niedrigem Einkommen, Schüler*innen, Aus-
zubildende und Studierende, mittelfristig wollen wir den fahrscheinlosen
öffentlichen Nahverkehr verwirklichen. Unser kurzfristiges Ziel ist es ein
65 bundesweites Angebot für 365€ Tickets zu schaffen, um allen Bürger*innen
eine Chance auf bezahlbare Mobilität für 1€ pro Tag zu ermöglichen.

6. Endlich wieder kostenfreie Bildung!

- 70 Das BAföG ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte, die nach Jahren
von schwarz-gelber Bildungspolitik fast vollständig ausgehöhlt wurde.
Nur noch 10% aller Studierenden profitieren vom Fördergeld, die Anzahl
der Bezieher*innen geht zurück, obwohl die Geldnot nicht weniger ist.
Wir setzen uns für ein höheres, armutsfestes BAföG ein, das insbesondere
75 besser auf den lokalen Mietspiegel eingeht. Zudem muss es für die gesamte
Studien-, Schul-, bzw. Ausbildungszeit als elternunabhängiger Vollzuschuss
ausgezahlt werden. Nur so hängt der Zugang von Bildung nicht länger vom

Geldbeutel der Eltern oder dem eigenen Verdienst ab.

80 **7. Ausbildungen aufwerten – Chancen für die Jugend schaffen!**

Wir möchten eine Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen schaffen! Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf den BAföG-Höchstsatz, der zum Leben reichen muss, schaffen
85 zusätzliche Anreize. Gemeinsam mit unsere Ministerpräsident*innen möchten wir zudem sicherstellen, dass Absolvent*innen von Berufsausbildungen automatisch eine Hochschulzulassungsberechtigung erhalten und die Möglichkeit bekommen, kostenfrei einen Meister abzuschließen.

90 **8. Gemeinsam gegen Faschismus und Rechtsradikale!**

Nach den NSU-Morden, den etlichen Skandalen um Rechtsextreme in der Polizei, dem Mord an Walter Lübcke, dem antisemitischen Anschlag in Halle, dem rassistischen Terrorakt in Hanau und unzähligen weiteren rassistisch
95 motivierten und rechtsextremen Gewalttaten können wir nicht weiter von Einzelfällen sprechen. Wir müssen anfangen, diese Taten klar beim Namen zu nennen: Es waren rechtsextreme Terroranschläge. Und es bedarf klarer staatlicher Strategien gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Dazu müssen diese Themen stärker in den Fokus von Schulen und
100 anderen Bildungseinrichtungen gerückt und klar angesprochen werden. Außerdem muss der Staat rechtsextreme Gefahren frühzeitig erkennen, mit externen wissenschaftlichen Studien auch eigene Strukturen durchleuchten und Polizeien und Sicherheitsbehörden deutlich stärker für rechten Terror sensibilisieren. Dazu braucht es unabhängige Beschwerdestellen innerhalb
105 der Sicherheitsbehörden, um die Aufklärung etwaigen Fehlverhaltens ohne Angst vor Konsequenzen zu gewährleisten. Nicht zuletzt ist es aber auch Aufgabe eines Staates, antifaschistische zivilgesellschaftliche Initiativen zu fördern, um so ein gesamtgesellschaftliches Bollwerk gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus aufzubauen.

110

9. Wir sind für euch da – egal woher ihr kommt!

Seit den 1990er Jahren wurde das Grundrecht auf Asyl immer weiter abgeschwächt. Heute ist eine Einreise nach Deutschland mit dem Ziel, sich eine
115 wirtschaftliche und soziale Existenz aufzubauen, nahezu unmöglich geworden. Wir werden eine Kehrtwende der bisherigen Politik des lauten Geschreis und der Ausgrenzung schaffen. Wir werden das Geordnete-Rückkehr-Gesetz zurücknehmen und werden Geflüchteten die Einreise ermöglichen. Arbeitsverbote werden aufgehoben, der freie Zugang zu Sprachkursen und
120 Ausbildungen werden gewährleistet. Wir werden die Unterbringung von

Geflüchteten nur noch auf dezentraler Ebene akzeptieren. Deutschland muss ein offenes Land werden – wir wissen, dass Migration weder Gefahr noch Übel ist, sondern unterstützenswert ist.

125 10. Frauenrechte & Gleichstellungsfragen sind nicht von Gestern!

Wir möchten die gesetzliche Gleichstellung aller Geschlechter vollenden. Dafür streichen wir die Paragraphen 219a und 218 aus dem Strafgesetzbuch und legalisieren damit Schwangerschaftsabbrüche. Zudem sorgen wir
130 für eine verfassungskonforme Wahlrechtsreform, die eine paritätische Repräsentation von Frauen in den Parlamenten ermöglicht. Die Geschlechtseintragung *divers* soll für alle Menschen frei wählbar sein und durch weitere Begriffe ergänzt werden. Eheschließungen werden nicht länger an das Geschlecht geknüpft sein – damit schaffen wir die Ehe für tatsächlich alle.
135 Durch Bürger*innenräte, die sich aus von Diskriminierung betroffenen Menschen und Expert*innen zusammensetzen, werden wir uns aus erster Hand beraten lassen, Ungleichheiten in der Gesellschaft abzubauen.

11. Endlich digitalisieren, als wäre es 2021!

140 Alle Haushalte sind bis ins Haus mit schnellem Internet auszubauen. Verbindungen via Glasfaser müssen dabei der Standard sein, um einen Ausbau zu gewährleisten, der allen Nutzenden gleichwertige Bedingungen für ihren digitalen Alltag bietet. Mobilfunknetze sind lückenlos auszubauen,
145 Anbieter müssen ihre Netzabdeckung allen Geräten zur Verfügung stellen. Nationales Roaming ist dazu der Schlüssel. Wir wollen den 5G-Standard für alle! Wir wollen die Versorgung mit gutem Internet wieder in die öffentliche Hand überführen. Wichtig ist jedoch die Schaffung von Akzeptanz für digitale Lösungen und Kompetenzen. Daher starten wir die größte Fort-
150 bildungsoffensive, die es in Deutschland jemals gab – und bieten allen im öffentlichen Sektor tätigen eine vollständige Modernisierung ihres Arbeitsplatzes auf den neuesten Stand der Technik an, verbunden mit kostenfreien Fortbildungen in (Hoch)-Schule und Beruf.

155 12. Solidarisch steuern wir das schon!

Es ist an der Zeit, für Gerechtigkeit im Steuerwesen zu sorgen. Leitsatz soll sein, dass die Steuer- und Abgabenlast stets progressiv steigen soll. Die niedrigen Einkommen werden gering belastet, die hohen Einkommen
160 werden dementsprechend höher belastet. Eine Vermögenssteuer wird unser Mittel der Wahl zu sein, die großen Herausforderungen und Investitionen dieses Jahrzehnts zu stemmen. Auch bei den Sozialversicherungen werden wir nachbessern: wir nehmen Privatisierungen zurück und überführen

Kranken-, Pflege- Renten- und Arbeitslosenfürsorge vollständig in die öffentliche Hand, an der sich perspektivisch neben allen Arbeitnehmer*innen auch Beamte und Selbstständige beteiligen werden.

13. Wer Visionen hat, muss in die Bundesregierung gehen!

Wir streben an, die CDU und CSU mit dieser Bundestagswahl in die Opposition zu schicken. Sechszehn lange Jahre Stillstand und Visionslosigkeit an erster Stelle müssen vorbeigehen. Unsere Zukunftsprojekte werden wir nicht mit einer Partei verwirklichen können, die sich seit über einem Jahr in Personalquerelen verliert. Wir setzen uns daher für eine Mehrheit im neuen Bundestag mit Bündnis90/Die Grünen und der Linkspartei ein, die wir als unsere bevorzugten Koalitionspartner*innen ab 2021 ansehen. Eine weitere Koalition mit den Unionsparteien schließen wir aus. Wir stellen selbstbewusst den Anspruch, zu regieren – dafür kämpfen wir!